Einbringungsrede zum Antrag der UBL auf Einsetzung eines zeitlich befristeten beratenden Ausschusses zur Analyse und Auswertung der Entwicklung der städtischen Gesellschaften

GR-Sitzung am 28.09.2026 – Einlassung Stadtrat Hartmut Fricke

---

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

ich möchte meinen Antrag auf Einrichtung eines beratenden Sonderausschusses zur Aufarbeitung der Entwicklung unserer städtischen Gesellschaften kurz erläutern.

Es geht mir ausdrücklich nicht um eine Abrechnung mit der Vergangenheit und auch nicht darum, einzelne Personen oder Gremien für Entwicklungen verantwortlich zu machen.

Die Frage, über die wir heute entscheiden, lautet nicht, ob Fehler passiert sind. Die Frage lautet, ob wir ihre Ursachen gemeinsam, systematisch und transparent aufarbeiten wollen.

Denn wir verfügen über einzelne Informationen, Beratungen, Entscheidungen und Bewertungen. Was uns bislang fehlt, ist die systematische Gesamtschau.

Eine solche Gesamtschau bedeutet nicht, dass plötzlich jede Information neu wäre. Ihr Wert liegt vielmehr darin, Informationen, Entscheidungen und Entwicklungen miteinander in Beziehung zu setzen, Zusammenhänge sichtbar zu machen, Informations- und Steuerungslücken zu erkennen und daraus ein belastbares Gesamtbild zu entwickeln.

Dabei geht es um ganz konkrete Fragen:

Was war wann bekannt? Welche Informationen lagen den jeweiligen Entscheidungen zugrunde? Wie wurde mit Hinweisen und Entwicklungen umgegangen? Wo haben Steuerung und Kontrolle funktioniert – und wo möglicherweise nicht? Und welche Erkenntnisse ergeben sich daraus für die Zukunft?

Genau darin sehe ich den zusätzlichen Wert dieses Ausschusses.

Er soll keine bestehenden Aufsichtsräte ersetzen und keine operative Tätigkeit übernehmen. Er soll Informationen zusammentragen und strukturieren, Sachverhalte aufbereiten, zuständige Personen und Sachkundige anhören, vorhandene Unterlagen und Berichte auswerten und – wenn fachliche Fragen dies erforderlich machen – auch externe Expertise einbeziehen können.

Der Ausschuss soll also nicht neben oder anstelle der politischen Entscheidungsstrukturen treten, sondern dem Gemeinderat als Hauptorgan der Stadt eine bessere Grundlage für seine eigene politische Verantwortung verschaffen.

Dabei sehe ich auch den Einwand, dass Mitglieder eines solchen Ausschusses möglicherweise zugleich Mitglied in Aufsichtsräten einzelner Gesellschaften sind.

Diese personelle Überschneidung ist zunächst keine automatische Befangenheit. Entscheidend ist die konkrete Angelegenheit und die Frage, ob im Einzelfall ein gesetzlicher Befangenheitstatbestand vorliegt. Wo dies der Fall ist, müssen die entsprechenden Regeln selbstverständlich eingehalten werden. Wo dies nicht der Fall ist, kann gerade die vorhandene Sachkenntnis für die Arbeit des Ausschusses wertvoll sein.

Entscheidend ist deshalb, mit möglichen Interessenkonstellationen transparent und sauber umzugehen.

Vielleicht wird man fragen: Was soll dabei herauskommen, was wir nicht heute schon wissen?

Der Erkenntnisgewinn muss nicht darin bestehen, dass jede einzelne Information neu ist. Er kann gerade darin liegen, Zusammenhänge zu erkennen, Informationslücken sichtbar zu machen und aus einzelnen Erkenntnissen ein belastbares Gesamtbild zu entwickeln.

Wenn sich dabei herausstellt, dass bestimmte Fragen bereits hinreichend beantwortet sind, ist auch *das* eine Erkenntnis. Wenn sich dagegen zeigt, dass Informationen fehlen oder Steuerungsprozesse nicht ausreichend klar waren, ist auch *das* eine wichtige Grundlage für künftige Entscheidungen.

Ich möchte deshalb die Arbeit der bestehenden Gremien ausdrücklich nicht infrage stellen. Wir sollten uns aber zusätzlich fragen, ob wir als Stadt unsere Gesellschaften insgesamt so steuern, kontrollieren und begleiten, wie es unserer politischen Verantwortung entspricht.

Wer nach vorne schauen will, muss wissen, welche Erkenntnisse aus den bisherigen Entwicklungen zu ziehen sind.

Ich möchte keinen Ausschuss um seiner selbst willen. Ich möchte, dass wir ein Instrument schaffen, mit dem wir als Gemeinderat unserer Verantwortung besser gerecht werden können.

Die Stärke eines Gemeinderats zeigt sich nicht darin, dass nie Fehler entstehen. Sie zeigt sich darin, wie verantwortungsvoll mit ihnen umgegangen wird.

Darum bitte ich um Ihre Zustimmung zu meinem Antrag.